

GLEICH

UND

UNGLEICH

ZUGLEICH

GLEICH UND UNGLEICH ZUGLEICH



PROF. DR. THOMAS KLEIN forscht und lehrt seit 1994 am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg als Professor für Soziologie, insbesondere Sozialstrukturanalyse (Armut und soziale Ungleichheiten, Demografie, Haushalt und Familie), sowie für Methoden der empirischen Sozialforschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Gesundheitssoziologie, der Alterssoziologie, der Familiensoziologie und der sozialen Ungleichheit. Im Rahmen seiner Forschungsarbeiten hat Thomas Klein Analysen zum Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armutsquoten durchgeführt. Ausführlichere Informationen zur Thematik dieses Beitrags finden sich in seinem im Beltz-Verlag erschienenen Lehrbuch zur Sozialstrukturanalyse und seinem Beitrag „Sozialstruktur“ in der 2020 erscheinenden Neuauflage von Herders „Staatslexikon“.

Kontakt: thomas.klein@mwi.uni-heidelberg.de

ARM UND ARM SIND NICHT DASSELBE

THOMAS KLEIN & JOHANNES STAUDER

Dass Armut in Deutschland nicht mit Armut in einem Entwicklungsland gleichzusetzen ist, ist sicher jedem bewusst. Aber wie ist es zu erklären, dass die Armutsquote in wirtschaftlich schwächeren Ländern als Deutschland geringer sein kann als hierzulande – oder dass diese Quote in einem Land steigen kann, obwohl es niemandem schlechter geht? Die Ursachen hierfür liegen in unterschiedlichen Berechnungsmöglichkeiten der Armutsquote – vor allem in der Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut. Während der eine Begriff sich an der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern orientiert, informiert der andere darüber, wie gleich oder ungleich der Wohlstand in einer Gesellschaft verteilt ist.



PROF. DR. JOHANNES STAUDER ist als Akademischer Oberrat am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg tätig. Er forscht und lehrt im Bereich der Sozialstrukturanalyse und der Methoden der empirischen Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte des außerplanmäßigen Professors sind insbesondere die sozialstrukturellen Restriktionen des Partnermarkts und der Freundchaftswahl sowie die sozialen Bedingungen gesundheitlicher Ungleichheit. Seine methodischen Arbeiten zur Armutsanalyse mit den amtlichen Mikrozensus-Daten stellen eine wichtige Grundlage der amtlichen Berichterstattung zu Armutsquoten dar und haben dazu beigetragen, derartige Analysen auch mit ungenauen, klassifizierten Einkommensangaben zu ermöglichen.

Kontakt: johannes.stauder@mwi.uni-heidelberg.de

W

Wenn aktuelle Armutsquoten veröffentlicht werden, entwickelt sich dies regelmäßig zu einem Aufregerthema in den Medien. Allerdings ist hier ein wichtiger Grundsatz zu beachten: Die Armutsquote sagt nur dann etwas aus, wenn man auch reflektiert, wie sie jeweils berechnet wurde. In der Regel geht es dabei nicht um eine richtige oder falsche Berechnung – vielmehr gibt es viele sinnvolle Berechnungsmöglichkeiten, die jedoch Unterschiedliches aussagen. Grundlegend zu unterscheiden ist zwischen der absoluten und der relativen Armutsdefinition.

Es geht jeweils um die Grenzziehung – zumeist die Einkommensgrenze –, deren Unterschreiten als Armut definiert wird. Man spricht deshalb von Armutsgrenze oder Armutsschwelle. Bei den Ansätzen zur relativen Armutsdefinition wird diese Armutsgrenze in Relation zum gesellschaftlichen Wohlstand – zumeist zum Durchschnittseinkommen – festgelegt. In den Medien geht es dabei meistens um eine Armutsquote, die sich an der 60-Prozent-Grenze des Durchschnittseinkommens orientiert. Sie gibt damit den Prozentsatz der Bevölkerung an, der unterhalb dieser Armutsschwelle liegt – als arm gilt dann also, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat.

Davon zu unterscheiden sind Armutsgrenzen, die nicht im Verhältnis zum Wohlstandsniveau anderer Gruppen der Gesellschaft oder dem durchschnittlichen Wohlstand definiert sind, sondern sich an anderen Maßstäben orientieren. Dabei geht es vor allem um eine Abschätzung dessen, was zum physischen Überleben und für eine minimale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendig ist. Sofern die Armutsgrenzen in sozialstaatlichen Regelungen wie dem Arbeitslosengeld II (umgangssprachlich meist als „Hartz IV“ bezeichnet) und der Sozialhilfe institutionalisiert sind, werden solche Überlegungen auch überlagert von politisch-normativen Vorgaben. Eine in diesem Sinn definierte Armutsgrenze kommt etwa durch die Zusammenstellung eines für lebenswichtig erachteten Warenkorb (und gegebenenfalls dessen preislicher Fortschreibung) zustande. In Unterscheidung zur relativen Armut kann man von absoluter Armut sprechen, weil sie sich nicht in Relation zu anderen gesellschaftlichen Bezugsgrößen definiert.

Gradmesser der gesellschaftlichen Ungleichheit?

Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als ob absolute und relative Armut mehr oder weniger dieselben Personen betreffen und mithin dasselbe aussagen. Aber selbst wenn die Armutsquoten numerisch gleich ausfallen, ist dies nicht der Fall – und der Unterschied ist keineswegs nur von akademischem Interesse. Während absolute Armutsmaße die (Unter-)Versorgung mit als lebensnotwendig erachteten Gütern thematisieren, informieren relative Armutsmaße über die Ungleichheit in einer Gesellschaft, wobei der Blick auf den unteren Wohlstandsbereich gerichtet ist. Dieser Unterschied impliziert nicht zuletzt einen unterschiedlichen politischen Maßstab, wann Armut reduziert oder im Idealfall abgeschafft ist. In Bezug auf absolute Armut kann das Armutsproblem dann als gelöst gelten, wenn für jedermann das jeweils betrachtete Existenzminimum der Armutsschwelle gesichert ist, ungeachtet des Wohlstands anderer Gesellschaftsmitglieder. Die Abschaffung relativer Armut zielt hingegen auf die Abschaffung einer zu großen Ungleichverteilung, durch welche einzelne Gruppen zu stark hinter der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung zurückbleiben, indem ihr Einkommen zum Beispiel unter 60 Prozent des Durchschnitts liegt.

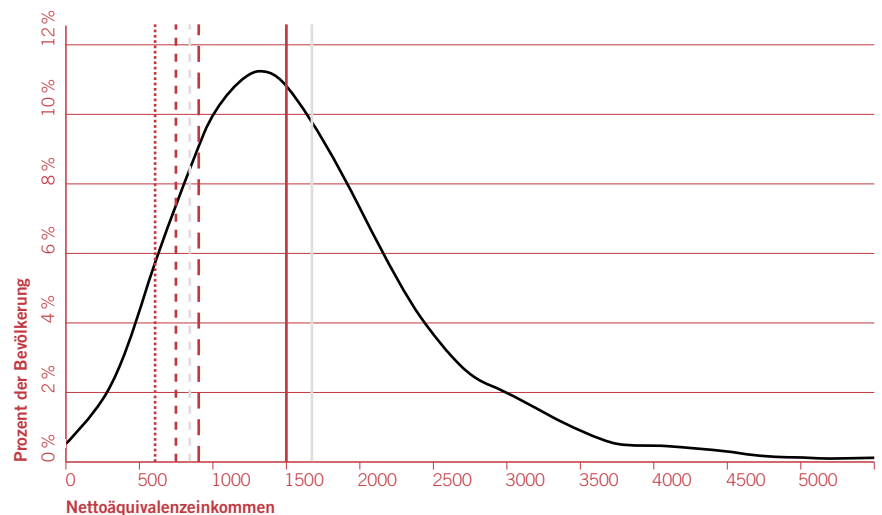
Die weitreichenden Implikationen der Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut werden auch deutlich, wenn man die Konsequenzen für den zeitlichen und internationalen Vergleich betrachtet. Absolute Armutsgrenzen beziehen sich auf die Lebenserhaltung und gegebenenfalls den darüber hinausgehenden Lebensstandard. Daher werden im Zeitverlauf regelmäßig Verschiebungen der Armutsgrenze aufgrund veränderter Bedürfnisse und veränderter Kosten der Bedürfnisbefriedigung notwendig. Die Definition einer absoluten Armutsschwelle ist erst recht schwierig, wenn es im internationalen Vergleich um Länder mit sehr unterschiedlichem Lebensstandard geht. Verschiebungen beziehungsweise Unterschiede relativer Armutsgrenzen resultieren hingegen aus der jeweiligen Einkommensverteilung eines Zeitpunkts oder eines Lands. Sie passen sich quasi automatisch an ein verändertes oder unterschiedliches Wohlstandsniveau an. Es sind deshalb wohl gemerkt nicht notwendigerweise die reichen Länder, die die niedrigsten Armutsquoten haben, wenn man von einer relativen Armutsbetrachtung ausgeht. Vielmehr kann auch in Ländern mit einem niedrigeren Einkommen als in Deutschland die Armutsquote niedriger ausfallen als hierzulande, wenn die Einkommensunterschiede weniger groß sind. Und die Armutsquote kann auch zunehmen, obwohl es niemandem schlechter geht – unter Umständen nur deshalb, weil eventuell ein paar (Einkommens-)Millionäre noch mehr verdienen und sich dadurch das Durchschnittseinkommen und mit ihm die Armutsgrenze nach oben verschieben.

Beide Ansätze – absolut und relativ – bieten ein großes Spektrum an Möglichkeiten, die Armutsschwelle festzulegen: beispielsweise bei der absoluten Armut je nach

„Es sind nicht notwendigerweise die reichen Länder, die die niedrigsten Armutsquoten haben, wenn man von einer relativen Armutsbetrachtung ausgeht.“

Zusammenstellung des Lebensstandards; bei der relativen Armut je nach Grenzziehung und nach Berechnung des Durchschnittseinkommens. So hängt die relative Armutsquote davon ab, bei welchem Einkommen die Armutsgrenze gezogen wurde: Gebräuchlich sind Armutsgrenzen bei 40, 50 oder 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Dabei wirkt sich die Grenzziehung sehr erheblich auf die Höhe der Armutsquote aus, weil ein großer Teil der Bevölkerung nur knapp über oder knapp unter der jeweiligen Schwelle liegt und je nach Grenzziehung ein- oder ausgeschlossen wird. Die in der Grafik wiedergegebene Einkommensverteilung macht dies deutlich: Die Grafik gibt an, wie viel Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland im Jahr 2014 ein monatliches Nettoäquivalenzeinkommen (dieser Einkommensbegriff wird weiter unten im Text erklärt) in der auf der horizontalen Skala verzeichneten Höhe erzielen. Über ein Einkommen von 900 Euro beispielsweise, das der 60-Prozent-Armutsgrenze entspricht, verfügen rund 9 Prozent der Bevölkerung, und alle Einkommen links davon fallen unter die 60-Prozent-Armutsgrenze.

Auch die Methode der Durchschnittsbildung ist für die Armutsquote und die Interpretation ihrer Veränderung von erheblicher Bedeutung. Neben dem landläufig als Durchschnitt bezeichneten arithmetischen Mittel ist in der Armutsforschung der auch als Zentralwert bezeichnete Median weit verbreitet: Dieser gibt den Einkommenswert an, bei dem eine Hälfte der Bevölkerung ein niedrigeres Einkommen hat und die andere ein höheres. Ein Vorteil der Verwendung des Medians in der Armutsforschung liegt darin, dass dieser Zentralwert und mit ihm die Armutsschwelle unverändert bleibt, wenn sich numerisch große Einkommensveränderungen nur innerhalb des oberen



Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen 2014

(erwachsene Wohnbevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland, Datenquelle: ALLBUS 2014)

- arithmetisches Mittel: 1.683 €
- Median: 1.500 €
- - - - - Armutsschwelle 60 % des Medians: 900 €
- - - - - Armutsschwelle 50 % des arithmetischen Mittels: 841,50 €
- - - - - Armutsschwelle 50 % des Medians: 750 €
- Armutsschwelle 40 % des Medians: 600 €

„Kinderarmut fällt höchst unterschiedlich aus, je nachdem, wie der wohlstandsäquivalente Bedarf von Kindern veranschlagt wird.“

Einkommensbereichs abspielen. Da sich jedoch die Bevölkerung im unteren Einkommensbereich stärker konzentriert und die Einkommensverteilung deshalb dort etwas steiler ansteigt (vergleiche ebenfalls die Grafik), liegt der Median in den meisten (wenn nicht in allen) Gesellschaften deutlich unter dem arithmetischen Mittelwert. Daher fällt eine 50-Prozent-Armutsschwelle, die sich auf den Median bezieht (vergleiche Grafik), wesentlich geringer aus als eine, die sich auf das arithmetische Mittel bezieht.

Welcher Bedarf steht den Ressourcen gegenüber?

Die absolute wie auch die relative Armutsquote hängen außerdem von einer Reihe weiterer Analyseentscheidungen ab. Hierbei bedarf insbesondere das sogenannte Äquivalenzeinkommen der Erläuterung. Vor dem Hintergrund der familiären Umverteilung im Haushalt ist nämlich für den individuellen Wohlstand nicht das individuelle Einkommen ausschlaggebend, sondern die individuelle Partizipation am Haushaltsnettoeinkommen. Mithilfe einer Äquivalenzskala wird das Einkommen des Haushalts nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung gewichtet, was den Vergleich des Wohlstands von Personen in Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung ermöglicht. Der individuelle Wohlstand hängt nämlich nicht nur davon ab, welche Ressourcen im Haushalt zusammenfließen, sondern auch davon, welcher Bedarf – insbesondere welche Personenzahl – den Ressourcen des Haushalts gegenübersteht. Zu berücksichtigen sind hierbei aber die Einsparmöglichkeiten („economies of scale“ oder „Skalenvorteile“), die in Mehrpersonenhaushalten durch gemeinsames Wirtschaften entstehen. Möglich sind solche Einsparungen durch:

- (1) eine breitere Verteilung von Fixkosten – zum Beispiel die gemeinsame Nutzung von Bad und Küche, Einsparungen beim täglichen Einkauf und der Nahrungszubereitung, eventuell gemeinsame Nutzung eines Autos;
- (2) geringere Überschusskapazitäten, die in der Unteilbarkeit mancher Konsumgüter angelegt sind – zum Beispiel bei einer Gefriertruhe;
- (3) Güter, die in den Grenzen des gemeinsamen Haushalts den Charakter öffentlicher Güter haben, weil sie von mehreren Personen parallel konsumiert werden können, ohne dass sich deren Konsum gegenseitig beeinträchtigt – Beispiele sind etwa Licht oder Heizung.

Im Rahmen der aktuell gebräuchlichen Äquivalenzskala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) benötigen beispielsweise zwei erwachsene Personen im Vergleich zu einem Einpersonenhaushalt für denselben Pro-Kopf-Konsum nur das 1,5-fache Einkommen. Da für Kinder zusätzlich ein geringerer Bedarf angenommen wird als für Erwachsene, wird für jedes Kind sogar nur das 0,3-Fache als sogenanntes Bedarfsgewicht angesetzt. Diesen Annahmen zu den Bedarfsunterschieden liegen in erster Linie statistische Analysen zugrunde, sie enthalten aber oft auch eine politisch-normative Wertung. Dividiert man das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Personen im Haushalt, erhält man ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das sogenannte Äquivalenzeinkommen.

Die Skalenvorteile fallen in verschiedenen Lebensbereichen recht unterschiedlich aus und hängen in ihrer Gesamtheit somit vom Lebensstil ab. Da zudem die Unterschiede des Bedarfs auch von anderweitigen individuellen Lebens-

umständen wie beispielsweise Erwerbstätigkeit oder Gesundheitszustand beeinflusst werden, ist die empirische Ermittlung wohlstandsäquivalenter Einkommensrelationen keineswegs einfach. Gebräuchlich sind Skalen, die entweder von der OECD vorgeschlagen wurden oder sozialstaatlichen Regelungen entnommen sind – zum Beispiel in Deutschland den Leistungsabstufungen, die für Arbeitslosengeld II und für Sozialhilfe gelten. Je nach zugrunde liegender Äquivalenzskala ergeben sich sehr drastische Unterschiede bei dem, was als wohlstandsäquivalentes Haushaltseinkommen anzusehen ist – mit erheblichen Konsequenzen für die Analyse sozialer Unterschiede von Wohlstand und Armut in der Gesellschaft. So fällt beispielsweise Kinderarmut höchst unterschiedlich aus, je nachdem, wie der wohlstandsäquivalente Bedarf von Kindern veranschlagt wird.

Wohlstandsmessung jenseits der Einkommensverteilung

Während Einkommen heute für einen Großteil der Bevölkerung die wichtigste Grundlage für den individuellen Wohlstand darstellt, sind für die Messung von Wohlstand und Armut auch andere Wohlstandsdimensionen bedeutsam, deren Relevanz für die Analyse sozialer Ungleichheit in der Geschichte und zwischen den Gesellschaften variiert. So war in vorindustrieller Zeit das Vermögen – vor allem Grundbesitz – für den Wohlstand ausschlaggebend, und Armut war eng mit Besitzlosigkeit assoziiert. Aber auch die Sozialhilfe- und Hartz-IV-Regelungen sind in Bezug auf die Vermögensverhältnisse restriktiv. Und Geldbesitz war beispielsweise in der DDR generell weniger bedeutsam für die Gestaltung der materiellen Lebensumstände als in der Bundesrepublik, weil angesichts einer knappen Versorgungslage manche Versorgungsgüter vorwiegend über die Einbindung in Tauschbeziehungen beschafft wurden.

Ausschlaggebend für das Vorliegen von Armut sind jedoch letztlich nicht die Ressourcen wie Einkommen, Vermögen oder Tauschbeziehungen, sondern die Möglichkeiten zum Konsum beziehungsweise die Versorgung, die daraus resultieren. Ressourcen und Konsum hängen zwar eng miteinander zusammen, können aber doch aus verschiedenen Gründen auseinanderfallen – gerade im unteren Einkommensbereich. Eine wichtige Ursache für das (nur scheinbare) Auseinanderfallen von Ressourcen und Konsum liegt darin, dass nicht alle Ressourcen erfasst wurden. So besteht die Gefahr der Vernachlässigung nicht-monetärer Ressourcen im internationalen Vergleich, wenn an diesem Vergleich Länder mit einem großen Anteil an Subsistenzwirtschaft beteiligt sind – also Länder, in denen vor allem im Bereich der Landwirtschaft hauptsächlich oder ausschließlich für die Selbstversorgung produziert wird. Tatsächlich unterschiedliche Konsummöglichkeiten bei gleichen Ressourcen können außerdem auch dadurch entstehen, dass der Zugang zu öffentlichen und privaten Gütern nicht gleich ist, etwa aufgrund von

regionalen und anderweitigen Preisdifferenzierungen. Auch eine Diskriminierung – zum Beispiel von Zuwanderern auf dem Wohnungsmarkt – ist ein Beispiel für einen unterschiedlichen Zugang zu wichtigen Versorgungsgütern. Eine mangelnde Versorgung mit elementaren Versorgungsgütern tritt außerdem erst zeitverzögert ein, wenn Ressourcen über längere Zeit gering sind und für Ersatzanschaffungen wie beispielsweise eine Waschmaschine nicht ausreichen. Ein Auseinanderfallen von Ressourcen und Konsum ist besonders im unteren Wohlstandsbereich gravierend, in dem der Konsum weniger vom Lebensstil als vielmehr von den Lebensnotwendigkeiten geprägt ist.

Individuelle Dynamik der Armutsbetroffenheit

Die individuelle Armutsbetroffenheit hängt stark von der Dauer der Bedürftigkeit ab. So wirkt sich natürlich eine nur auf eine bestimmte Lebensphase bezogene Situation mit niedrigem Einkommen, beispielsweise während des Studiums, deutlich anders aus als Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbezug von Hartz-IV-Leistungen und Sozialhilfe über viele Jahre oder gar Jahrzehnte. Wie ein Blick auf die Grafik verdeutlicht, leben erhebliche Teile der Bevölkerung nur knapp über und knapp unter der jeweiligen Armutsschwelle, so dass oft nur kleine Einkommensveränderungen ausreichen, um statistisch in die Armut abzurutschen – oder ihr zu entkommen. Berechnungen zur Armutsdauer unterstellen deshalb gelegentlich bei nur mehr oder weniger kurzzeitigem Überschreiten der Armutsgrenze eine durchgehende Armutsbetroffenheit – mit natürlich je nach Berechnungsmodus unterschiedlichen Ergebnissen.

Während die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Hartz IV seit zehn Jahren stetig gesunken ist, ist die durchschnittliche Bezugsdauer von Hartz IV kontinuierlich gestiegen – ein Befund, der von einigen Politikerinnen und Politikern regelmäßig als Versagen des Sozialstaats trotz guter Beschäftigungslage interpretiert wird. Dabei handelt es sich aber um eine krasse Fehlinterpretation, denn tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Nicht trotz, sondern gerade wegen der guten Beschäftigungslage steigt die durchschnittliche Bezugsdauer – denn natürlich kommen die verbesserten Beschäftigungschancen insbesondere den gut Vermittelbaren mit noch vergleichsweise kurzer Arbeitslosigkeitsdauer zugute. Im Durchschnitt der Verbleibenden steigt deshalb die Arbeitslosendauer beziehungsweise die Hartz-IV-Bezugsdauer. Es wäre hingegen eine gute Nachricht, wenn diese Dauer sinken würde – genährt durch viele Anspruchsberechtigte, die neu arbeitslos wurden und erst kurze Zeit arbeitslos sind. Und die Verlängerung der Arbeitslosigkeitsdauer korrespondiert – bedingt durch die zusätzlichen, erst kurz Beschäftigten – mit der aktuell beobachteten Verkürzung der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer unter den Beschäftigten.

„Die Armutsquote sagt nur dann etwas aus, wenn man auch reflektiert, wie sie berechnet wurde.“

Zwei Begriffsverwirrungen

Zum Schluss sei auf zwei Begriffsverwendungen hingewiesen, die gelegentlich gebraucht werden und zu Verwirrung führen (können). So wird unter absoluter Armut gelegentlich besonders „strenge“ Armut verstanden. Natürlich gibt es keine richtige oder falsche Definition von absoluter versus relativer Armut, sondern nur eine mehr oder weniger sinnvolle Definition beziehungsweise Unterscheidung realer Sachverhalte. Und angesichts der vielen Möglichkeiten, Armutsgrenzen festzulegen und Armutsquoten groß- oder kleinzurechnen, sowie angesichts der geringen „Wohlstands“-Unterschiede, die oft zwischen Armen und Nicht-Armen liegen, liefert die Unterscheidung absolut versus relativ differenziert nach der Strenge der Armut kaum zusätzliche Erkenntnis, wohingegen die Implikationen und unterschiedlichen Aussagen absoluter versus relativer Armutskonzepte sehr wohl zu unterscheiden sind.

Eine weitere Begriffsverwirrung betrifft den in Mode gekommenen Begriff der „Armutgefährdung“. Dieser wurde eingeführt, um die 60-Prozent-Armutsquote von der Armutsquote zu unterscheiden, die sich auf die 50-Prozent-Grenze bezieht. Dieser Begriff der Armutgefährdung ist jedoch aus zwei Gründen sehr irreführend: Zum einen umschließt die 60-Prozent-Armutsquote ja auch die 50-Prozent-Armen, also die Armen plus die „Gefährdeten“, und keineswegs nur diejenigen, die knapp über der 50-Prozent-Schwelle liegen und vielleicht irgendwann darunter abrutschen könnten; zum anderen bezieht sich der Begriff der Armutgefährdung in der hier angesprochenen Bedeutung nur auf das Niveau der Armutsschwelle, nicht hingegen – wie leicht misszuverstehen – auf die Verarmungsgefahr in der individuellen Dynamik der Armutsbetroffenheit.

Armutsquoten sind nur im Vergleich aussagekräftig

Letztlich bleibt also festzuhalten, dass doch jede Armutsquote insofern relativ ist, als sie nur unter genauer Beachtung der Begriffsverwendungen und eines sehr breiten Spektrums von zum Teil auch außerwissenschaftlichen politischen Analyseentscheidungen interpretierbar ist. Zudem erhalten Armutsquoten einen wirklichen Aussagegehalt nur im Vergleich zu anderen Armutsquoten, die sich im Zeitvergleich, im internationalen Vergleich, im Subgruppenvergleich und/oder aus unterschiedlichen Berechnungsverfahren ergeben. ●

EQUAL BUT DIFFERENT

POOR AND POOR ARE NOT THE SAME

THOMAS KLEIN & JOHANNES STAUDER

It must surely be obvious to anyone that poverty in Germany cannot be equated with poverty in a developing nation. But how is it that the poverty rate in weaker economies than Germany can be lower than in this country – or that this rate can increase in a country even though no one is worse off? The reason is that the poverty rate is calculated in different ways.

The article outlines the different possibilities of defining and quantifying poverty and poverty rates and explains the difference between absolute and relative concepts of poverty. While the former is based on access to essential goods, the latter defines how equally or unequally a society's wealth is distributed. The authors show that poverty rates are only ever meaningful when they are contrasted with other poverty rates in a time-based, international or sub-group comparison and/or a comparison of different calculation methods. ●

PROF. DR THOMAS KLEIN is a professor of sociology specialising in social structure analysis (poverty and social inequality, demography, household and family) and in methods of empirical social research; he joined Heidelberg University's Max Weber Institute for Sociology in 1994. His research interests are the sociology of health and illness, the sociology of old age, family sociology, and social inequality. In the latter context, Thomas Klein has analysed the impact of unemployment on poverty. For more information on the subject of this article, see his text book on social structure analysis (published by Beltz) and his entry, entitled "Sozialstruktur", in the upcoming 2020 edition of Herders "Staatslexikon".

Contact: thomas.klein@
mwi.uni-heidelberg.de

PROF. DR JOHANNES STAUDER is an adjunct professor (Akademischer Oberrat) at Heidelberg University's Max Weber Institute for Sociology. His focus is social structure analysis and the methods of empirical social research. In particular, his research interests include the socio-structural restrictions of the partner market and of choosing friends, and the social conditions of health inequality. His methodological work on poverty analysis using official micro-census data forms an important basis for official reports on poverty rates and has helped make such analyses possible even if only imprecise, classified income data are available.

Contact: johannes.stauder@
mwi.uni-heidelberg.de

“While absolute poverty figures reflect the (lack of) access to goods deemed essential, relative poverty figures define the inequality of a society.”